



Im kommenden Jahr sollen im Kanton Solothurn rund 127 Mio. Franken in die Prämienverbilligung fließen.

OLIVER MENGE

## Finanzspritze von rund 56 Millionen

**Prämienverbilligung** Der Regierungsrat beantragt weiterhin 80 Prozent des Bundesbeitrages

VON MARCO ZWAHLEN

Rund 127 Mio. Franken stehen im nächsten Jahr für die Prämienverbilligung zur Verfügung. Davon steuert der Bund 71 und der Kanton 56 Mio. Franken respektive 80 Prozent des Bundesanteils bei. In seinem letzten Mai vorgelegten Massnahmenplan zur Stabilisierung des Staatshaushaltes bis 2016 schlägt die Regierung als Sparmassnahme vor, den Kantonsbeitrag auf 70 Prozent kürzen – ursprünglich bereits für das nächste Jahr. Dafür reicht es aber jetzt nicht mehr, wie Staatsschreiber Andreas Eng auf Anfrage bestätigt. Das Sozialgesetz (§ 93) schreibt einen Kantonsbeitrag von 80 Prozent vor. Das Parlament hat zudem die Kompetenz, den Beitrag um 30 Mio. Franken zu erhöhen. Um den Beitrag aber zu kürzen, braucht vorab einen kantonsrätlichen Grundsatzbeschluss, dann den Gesetzgebungsprozess und nochmals einen Kantonsratsbeschluss. Danach besteht auch noch die Referendumsfrist für eine Volksabstimmung.

Der Kantonsrat wird, nachdem er vor zwei Monaten das Geschäft verschoben hatte, erst nächste Woche über das Massnahmenpaket beraten. Die SVP hat einen Antrag zur Kürzung des Kantonsbeitrages auf 60 Prozent gestellt. Die FDP wiederum unterstützt den regierungsrätlichen Antrag von 70 Prozent. Für eine Mehrheit fehlen demnach wenige Stimmen. Sollte diese zustande kommen, könnte aber eine Kürzung des Kantonsbeitrages aus genannten Gründen frühestens für das Jahr 2014 in Kraft treten. Übrigens: Eine rückwirkende Kürzung ab 2013 würde vor Gericht nicht standhalten.

### 5 Millionen für Verlustscheine

Wie der Regierungsrat in seiner Botschaft ausführt, würden von den für das laufende Jahr bereitgestellten 127,3 Mio. Franken voraussichtlich 3,3 Mio. Franken nicht beansprucht.

Diese Zahlen seien jedoch noch provisorisch und es seien Mittel mitberücksichtigt, um unter anderem «die neue Verlustscheinregelung ab 2012 aufzufangen», so der Regierungsrat. Nun: Im letzten Jahr wies die Botschaft zu den 127,3 Mio. Franken zusätzlich 2,5 Mio. Franken für Verlustscheine aus.

**«Die sozialpolitischen Zielvorgaben können nur noch für untere Einkommen gehalten werden.»**

Der Regierungsrat

Dies reichte offensichtlich nicht. Unter der Annahme, dass auch 2013 rund 5 Mio. Franken zur Deckung von Verlustscheinen anfallen, stünden für die Prämienverbilligung rund 122 Mio. Franken zur Verfügung. Mit den zu erwartenden Zunahmen in den Bereichen Ergänzungsleistungen (+ 2,5 Mio. Franken) und Sozialhilfe (+ 1 Mio. Franken) verringere sich die für die ordentliche Prämienverbilligung bereitgestellte Summe erneut – auf noch rund 48 Mio. Franken. «Die sozialpolitischen Zielvorgaben können so nur noch für untere Einkommen gehalten werden», so der Re-

gierungsrat. In seiner Botschaft weist er darauf hin, dass wie in den Vorjahren verlässliche Steuerzahlen für ein genaues Modell erst in den nächsten Monaten vorliegen. «Es ist daher nicht auszuschliessen, dass bei erhöhten Richtprämien dafür die Einkommensgrenze – im Rahmen der verfügbaren Mittel – angepasst werden muss.»

### Druck zur Prämienoptimierung

Die Richtprämie soll grundsätzlich so berechnet werden, dass die Grundversicherung bei einer günstigen Krankenversicherung noch gedeckt werden kann. Dies geht laut der Regierung jedoch nur noch, wenn von einer Prämie ohne Unfallversicherungsanteil ausgegangen und ein optimiertes Versicherungsmodell (HMO, Hausarzt) gewählt wird. «Die Bevorzugung solcher Modelle ist erwünscht, kann aber gesetzlich nicht durchgesetzt werden.» Doch: «Das vorliegende Modell übt in dieser Beziehung einen gewissen Druck auf die Bezügerinnen und Bezügerinnen von Prämienverbilligung aus», so der Regierungsrat.

## Postauto macht bald Winterpause

**Weissenstein** Seit dem 1. Mai fährt das Postauto jeweils am Mittwoch, Samstag und Sonntag sowie an Feiertagen Passagiere von Oberdorf auf den Weissenstein. Bald geht es aber in die Winterpause. Morgen Mittwoch und am Donnerstag fährt das «Poschti» zum letzten Mal in diesem Jahr auf den Solothurner Hausberg.

Am letzten Wochenende haben rund 80 Personen den Postauto-Dienst genutzt. 29 waren es am Samstag, 53 am Sonntag, wie es bei Postauto Schweiz auf Anfrage heisst. Für viele war es wohl einfach zu kalt und windig, um einen Ausflug auf den verschneiten Berg zu wagen.

### Ziel nicht erreicht

14 000 Passagiere auf der Strecke war das von Postauto Schweiz erklärte Ziel für dieses Jahr. «Wir haben diese Zahl bisher noch nicht erreicht und werden sie auch nicht erreichen», sagt Monika Trost, Mediensprecherin der Postauto Schweiz AG. Bisher seien erst etwas über 12 200 Personen befördert worden. Gründe dafür sieht Trost vor allem beim schlechten Wetter im Frühjahr und bei den ausbleibenden Spitzentagen im September.

Die Postauto Schweiz AG muss damit die Defizitgarantie (getragen durch Region Solothurn Tourismus, Regionalplanungsgruppe RSU, SO-Visionen und Regiobank) beanspruchen. (LDU)



Das «Poschti» kämpfte sich durch den Schnee.

MARGRIT WIDMANN

**Gastbeitrag** zu Schattenseiten der Modernisierung staatlicher Strukturen

## Kompetenzen des Kantonsrats stärken



VON ULRICH BUCHER\*

**VOR ETWA ZWEI** Jahrzehnten setzte ein Trend zur Modernisierung der staatlichen Strukturen ein. Die Abschaffung des Beamtenstatus, New Public Management

(NPM) oder Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV), Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget (FLAG) sind Ergebnisse dieser Entwicklung. All diese Projekte haben Gemeinsamkeiten. Sie haben die politische Kontrolle durch die Legislativen zu einem erheblichen Teil ausgehebelt, führten zu einem absolut unsinnigen Papierkrieg und gaukeln vor, Verwaltungszweige seien Unternehmen. Was gut tönte, hat sich in der Praxis nicht bewährt. Vor zwei Jahrzehnten war die Aufgabenteilung zwischen Parlament und Regierung klarer, besser und viel wirkungsvoller.

**DER STAAT** hat sich für die Existenzsicherung, die Grundversorgung und die Rechtssicherheit einzusetzen und im Bedarfsfall diese Aufgaben mit Zwangsmassnahmen oder gar mit Gewalt zu vollziehen. Wer über solche Möglichkeiten verfügt, sitzt grundsätzlich am längeren Hebel und ist da-

mit für die Regeln des freien Marktes ungeeignet. Was soll also das Geschwafel von «Leistungsvereinbarungen» zwischen Schule und Schülern? Im Konfliktfall wird das Gesetz durchgesetzt. Oder kann sich jemand Leistungsvereinbarungen zwischen Steuerverwaltung und allen Steuerpflichtigen vorstellen? Die Art und Weise, wie einige Amtsstellen seit Jahren «Unternehmerlis» spielen ist beinahe eine Lachnummer. Leistungsvereinbarungen sind teilweise Knebelverträge, welche sogar auf die Gehaltsstrukturen der beauftragten Institution Einfluss nehmen wollen. Aufwendige Scheinwettbewerbe sind ein neues Tumfeld der Staatsbürokraten. In der Verordnung zum Energiegesetz über Staatsbeiträge wird gleich jegliche finanzielle Verpflichtung gegenüber den Investoren aufgehoben. Bereits im ersten Paragraf wird festgestellt, dass auf Leistungen nach dieser Verordnung kein Rechtsanspruch bestehe. Wie eine solche Bestimmung mit einem Rechtsstaat vereinbar ist, ist mir schleierhaft.

**«Vor zwei Jahrzehnten war die Aufgabenteilung zwischen Parlament und Regierung besser und wirkungsvoller.»**

**DIE STAATSMODERNISIERUNG** hat die angestrebten Ziele nicht erreicht. Auch die eigentlich einleuchtende Übertragung der Wahlkompetenz zahlreicher Amtschefs vom Kantonsrat an den Regierungsrat war unklug. Der

Regierungsrat erwies sich in der Praxis als zu führungsschwach. Das führte in der Folge zu Überheblichkeit, zur Überbewertung persönlicher Ansichten und zu Aussagen wie «es ist mir egal, wer unter mir Regierungsrat ist». Wir brauchen wieder Staatsdiener nach altem Muster. Persönlichkeiten, welche sich mit Herzblut und mit gesundem Menschenverstand den Kernaufgaben unseres Staatswesens annehmen. Die zahllosen Technokraten und Selbstverwirklicher haben eine extrem schwierige und kaum mehr finanzierbare Situation herbeigeführt. Modern ist im öffentlichen Sektor offensichtlich kein Synonym für sinnvoll.

### ZUMINDEST DIE PERIODISCHE

Wiederwahl der Amtschefs durch den Kantonsrat würde dazu führen, dass sich die Betroffenen hin und wieder daran erinnern, dass sie für das Volk da sind und nicht umgekehrt. Zugegeben, die Wiedereinführung der alten Wahlkompetenzen würde längst nicht alle Personalprobleme in unserem Kanton lösen. Aber zumindest die hinterhältigsten Strippenzieher hätten ein grösseres Problem. Dem Kantonsrat sind deshalb wieder die früheren Rechte zuzuweisen. Das kann nur einer tun. Er selbst.

\*Ulrich Bucher, Zuchwil, Geschäftsführer Einwohnergemeindeverband, SP-Kantonsrat und Dienstleister für den öffentlichen Sektor.

## Neue Wege bei der Strassenbeleuchtung

**Forum Regio Plus** Einmal im Jahr lädt die Wirtschaftsförderung des Schwarzbubenlandes Gemeindevertreter zu einem Referat mit anschliessendem Austausch ein.

Die Elektra Birseck Münchenstein (EBM) war an der Reihe, den zahlreichen erschienenen Gemeindevertretern «das neue Zeitalter in der öffentlichen Beleuchtung (öB)» schmackhaft zu machen. Reto Grossheutschi, Fachmann auf diesem Gebiet, verstand es, im Restaurant Jura in Mariastein die Sparmöglichkeiten bei der öB deutlich zu machen. Angefangen bei der schlechten Effizienz bei vielen herkömmlichen Beleuchtungsarten, über Möglichkeiten des Dimmens bis zur zeitweisen Abschaltung.

### Beleuchtung auf LED umstellen

Dass niemand am Stromsparen vorbeikommt, brauchte Grossheutschi nicht zu erklären. «Bereits in drei Jahren sind gewisse Beleuchtungskörper nicht mehr erhältlich», sagte er. «Mit der Abschaltung unserer Atomkraftwerke gehen uns 40 Prozent des derzeitigen Stromverbrauchs verloren, deshalb sind neue Verbraucher-Lösungen und Strategien unumgänglich», war die wichtigste Botschaft an diesem Abend.

Bei der öffentlichen Beleuchtung, die eine wichtige Stromabnehmerin bei allen Stromabnehmern ist, heisst



Eine LED-Laterne statt der üblichen Strassenbeleuchtung.

AZ

die Zukunft LED («Light Emitting Diode», zu deutsch: «lichtemittierende Diode»). «LED ist viel schneller auf dem Vormarsch, als wir noch vor wenigen Jahren dachten», erklärte Grossheutschi. Mit dieser Technik könnte der Stromverbrauch um 30 bis 40 Prozent gesenkt werden. Eine Steigerung der Energieeffizienz könne zudem mit Dimmen oder Abschalten erzielt werden. Als Vorzeigeprojekt nannte Grossheutschi die Gemeinde Lauwil, die ihr gesamtes Beleuchtungsnetz auf LED umgestellt habe. Die EBM sei zudem für ein neues Konzept mit Nachtabschaltung und Dimmung beigezogen worden. Ein solches Konzept könne durch die EBM für 2000 bis 10 000 Franken, je nach Grösse des Beleuchtungsnetzes, erstellt werden, liess Grossheutschi durchblicken. (DUST)